

# Schülerpartizipation

im Schulheim Schloss Erlach



## Inhaltsverzeichnis

Einleitende Worte .....	3
TEIL 1: THEORETISCHE GRUNDLAGEN .....	4
1. Schülerpartizipation und Demokratiepädagogik.....	4
1.1. Demokratischer Habitus im Sinne Bourdieus.....	4
1.2. Grundannahmen der Demokratiepädagogik.....	5
1.3. Ziele der Demokratiepädagogik.....	5
2. Schülerpartizipation als Instrument der Demokratiepädagogik .....	6
2.1. Die Ebenen von Partizipation .....	6
2.2. Unterschiedliche Grade an Partizipation.....	7
2.3. Voraussetzungen für eine gelingende Partizipation in pädagogischen Institutionen	8
TEIL 2: PARTIZIPATION IM SCHULHEIM SCHLOSS ERLACH .....	9
2. Erhebung Quality4Children Standards im Jahr 2008 .....	11
3. Schülerpartizipation heute .....	12
3.1. Klassenräte und Stufenkonferenzen in der Schule .....	12
3.2. Die Kindersitzung auf den Wohngruppen .....	13
3.3. Die Kinderkonferenz (KiKo) Gesamtheim .....	14
Literaturverzeichnis .....	15
Anhang.....	16

## Einleitende Worte

*„Die Demokratie ist mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrungen.“ (J. Dewey)*

Die Demokratisierung von Schule und Unterricht wurde erstmals in der Zeit der Reformpädagogik vom amerikanischen Philosophen und Pädagogen John Dewey (1859-1952) postuliert. Dewey war der Überzeugung, dass die eigene Erfahrung und deren Reflexion für das Lernen im Allgemeinen aber insbesondere auch für das *Lernen der Demokratie* eine zentrale Rolle spielen (Hellmer 2014, S.6).

Die Grundsätze, Unterricht erfahrbar zu machen, Selbstreflexion zu ermöglichen und die Kinder und Jugendliche darin zu unterstützen, selbstbewusste und verantwortungsvolle junge Erwachsene zu werden, haben im Schulheim Schloss Erlach einen besonderen Stellenwert. Der Unterricht soll speziell auf die Bedürfnisse der Klientinnen und Klienten ausgerichtet sein und individuell gestaltet werden, was Freiräume für Mitbestimmung ermöglicht, aber auch Eigenverantwortung seitens der Schülerschaft voraussetzt. Der lösungsorientierte Ansatz bildet dabei die Grundlage der pädagogischen Arbeit in den vier Bereichen *Wohnen, Schule, Dienstleistungen* und *Verwaltung*.

Im Zusammenhang mit der Charta „*Quality for Children*“ der UN- Kinderrechtskonvention will das Schulheim den Grad an Schülerpartizipation laufend erhöhen. Im Laufe der Jahre wurden in der Institution verschiedene Projekte lanciert um dieses Ziel zu erreichen und den Kindern und Jugendlichen mehr Mitsprache aber auch mehr Verantwortung zu geben. Die verschiedenen Bemühungen, Schülerpartizipation zu ermöglichen, zeigen auf, wie wichtig, aber auch wie schwierig die konkrete Umsetzung dieser pädagogischen Grundsätze ist (vgl. TEIL 2).

Insofern soll das vorliegende Konzept Grundlagen für das Verständnis der Schülerpartizipation im Sinne der Demokratiepädagogik abbilden sowie die verschiedenen Gefässe in denen Schülerpartizipation ermöglicht wird konkret beschreiben. Es soll zudem den Mitarbeitenden der Institution als Arbeitsinstrument dienen und soll im Laufe der Zeit und durch die stete Zusammenarbeit in den Bereichen aber auch mit den Kindern und Jugendlichen, weiterentwickelt werden. An dieser Stelle gilt zu vermerken, dass im SHE unter dem Begriff *Pädagogen* nebst der Sozialpädagogen auch Arbeitsagogen des Dienstleistungsbereiches fallen sowie die (heilpädagogisch ausgebildeten) Lehrkräfte.

*„Demokratie muss gelernt werden, um gelebt werden zu können.“ (K.G. Fischer)*

*„Demokratie muss gelebt werden, um gelernt werden zu können.“ (G. Behrmann)*

## TEIL 1: THEORETISCHE GRUNDLAGEN

(verfasst von L. Wüthrich, schul. Sonderpädagogin SHE)

### 1. Schülerpartizipation und Demokratiepädagogik

Schülerpartizipation bedeutet auch „Schülermitwirkung“ oder „Schülermitbeteiligung“ und bezeichnet das aktive Handeln der Kinder und Jugendliche in der Institution „Schule“. Es hat zum Ziel, Erfahrungen von Zugehörigkeit, Mitwirkung und Verantwortung zu ermöglichen. Die von Dewey postulierte „Demokratisierung von Schule“ ist dabei die Voraussetzung (Käufer 2014, S.3).

Im Schulheim Schloss soll Schülerpartizipation aber nicht nur im Bereich Schule sondern in allen Bereichen der Pädagogik, also auch auf den Wohngruppen und in der Arbeit mit dem Kinde bei den Dienstleistenden, ermöglicht werden.

Demokratie ist einerseits eine Regierungsform, also ein Sachverhalt, der beschrieben werden kann, andererseits stellt sie aber auch einen Wert dar, den wir aus Überzeugung leben und vermitteln wollen. Daraus resultiert Demokratie als Gesellschaftsform und als Lebensform (Edelstein 2007, S.7). In der Schule soll Demokratie umfänglich gelehrt und erfahrbar gemacht werden. Eine Pädagogik der Beteiligung zeigt sich nicht nur durch partizipative Projekte, sondern macht sich auch auf der Beziehungsebene fest. Daraus entsteht eine respektvolle und wertschätzende Interaktions- und Kommunikationskultur. Beteiligung ist also ein Qualitätsmerkmal guter Pädagogik (Hartig/Wolff 2008 In: Bundesfachverband 2013, S. 14).

#### 1.1. Demokratischer Habitus im Sinne Bourdieus

„Zu Demokraten werden wir nicht geboren, zu Demokraten werden wir vor allem durch Erziehung und Bildung. Zu Demokraten werden wir durch die nachhaltigen Prozesse in Kindheit und Jugend, die unsere Kompetenzen prägen und unseren Erfahrungen ihre Bedeutung verleihen“ (Edelstein 2007, S. 8).

Ob Demokratie als Wert verinnerlicht wird, ist entscheidend dafür, ob die gesellschaftlichen Subjekte zivilgesellschaftliche Akteure werden oder sind, und ob ihre gelebten Erfahrungen sie zu Demokraten macht (ebd.).

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu verwendet den Begriff des Habitus als die Gesamtheit der Merkmale, die einen Menschen als Person ausmachen. Dazu zählen die Sprache, der Lebensstil sowie das Auftreten einer Person. Die Schule prägt den Habitus merklich. Soziale Codes und Umgangsformen werden vermittelt in der Hoffnung, die Kinder und Jugendliche würden diese verinnerlichen und ein sozial erwünschtes

Verhalten an den Tag legen können. Weiter geht Bourdieu davon aus, dass der Habitus massgebend für die Motive, das Sein und das Bewusstsein ist (Bourdieu 2001, S.177-179).

In diesem Sinne ist der Demokratische Habitus eine tiefe, demokratische Wertung, eine Sicht auf die Welt, die verinnerlicht ist und nicht mehr bewusst überlegt werden muss. Die Verkörperlichung demokratischer Werte im Sinne Bourdieus ist das Ziel der Demokratiepädagogik. Entsprechend kommt ihr in pädagogischen Institutionen eine grosse Bedeutung zu.

## 1.2 Grundannahmen der Demokratiepädagogik

Demokratie ist nicht angeboren, sondern muss erlernt werden. Demokratielernen besteht nicht aus reiner Wissensvermittlung sondern setzt gewisse Kompetenzen voraus, um später als mündiger, verantwortungsbewusster Bürger in der modernen Welt bestehen und mitwirken zu können. Demokratie ist nicht nur ein Inhalt, welcher vermittelt werden kann, sondern eine pädagogische Aufgabe und ein normativer Anspruch für die Erziehung insgesamt (DeGeDe, 2015).

Somit ist Demokratielernen nur ein Teilaspekt der Demokratiepädagogik. Reine Wissensvermittlung reicht also nicht aus. Vielmehr müssen die Kinder und Jugendlichen Möglichkeiten erhalten, Demokratie zu erfahren und sich nebst dem Faktenwissen Kompetenzen aneignen, die es ihnen ermöglichen, demokratische Werte zu leben. So können sie Demokratie zu ihrem Habitus machen.

Nach dem salutogenetischen Konzept sind Gesundheit und Wohlbefinden eines Menschen umso ausgeprägter, je grösser die Möglichkeiten sind, das eigene Leben zu verstehen und aktiv mitzugestalten (Bundesfachverband 2013, S. 11).

## 1.3 Ziele der Demokratiepädagogik

Demokratiepädagogik versteht sich als umfassende pädagogische, insbesondere schulische und unterrichtliche Bedingungen und Aktivität, die zur Förderung von Kompetenzen eingesetzt werden kann. Diese sind unabdingbar um:

- an Demokratie als einer Lebensform teilzuhaben und diese mit andern Menschen aktiv zu gestalten.

- sich für eine demokratische Gesellschaftsform zu engagieren und sie durch Partizipation und Mitwirkung mitzugestalten.
- Demokratie als Regierungsform durch eine aufgeklärte, eigene Meinung und Entscheidungsfindung zu bewahren, weiterzuentwickeln und zu vermitteln (Edelstein 2007, S.10-11).

„Es geht dabei also um den Erwerb von Kenntnissen über Demokratie, um den Erwerb von Kompetenzen für Demokratie und um den Prozess des Lernens durch Demokratie im Kontext gemeinsamer Erfahrung demokratischer Verhältnisse.“ (ebd., S. 10).

Die persönlichkeitsbildende Wirkung von partizipativer Pädagogik ist insbesondere für Kinder und Jugendliche, die in einem Heim leben, besonders wertvoll. Diesen Adressaten fehlen oftmals Beteiligungserfahrungen in ihren Herkunftsmilieus. Ihnen solche Bildungs- und Erfahrungsräume zu eröffnen ist somit Aufgabe der Sonderpädagogik (Bundesfachverband 2013, S. 14).

## 2. Schülerpartizipation als Instrument der Demokratiepädagogik

Aus dem Kapitel 1 geht hervor, dass die Schule ein Ort ist, wo Demokratie als Wert vermittelt werden kann aber auch gelebt werden soll. Dies gilt allgemein für pädagogische Institutionen. Die lebenspraktische Teilhabe am Schul- bzw. am Institutionsleben und die didaktische Beteiligung der Kinder und Jugendliche am Unterricht sollen institutionalisiert und Teil des Alltages und der Lebenswelt werden.

In der Literatur wird davor gewarnt, Kinder und Jugendliche in eine passive Konsumhaltung zu drängen, indem man ihnen nur die Möglichkeit zugesteht, unverbindliche Wünsche zu äussern bzw. unter vorgegebenen Alternativen auszuwählen, ohne im Vorfeld oder an der Umsetzung in irgendeiner Form mitwirken zu können (Edelstein 2007, S.20). Um dies zu vermeiden, müssen die Ebene und der Grad an Partizipation ständig reflektiert werden.

### 2.1. Die Ebenen von Partizipation

Schülerpartizipation kann auf verschiedenen Ebenen stattfinden, so auf der Schulebene, im Sinne einer Schulkultur, auf der Klassenebene, zum Beispiel über Klassenräte oder Lerngruppen und auch auf der Ebene des Unterrichts, indem die Kinder und Jugendliche Unterrichtsinhalte oder –strukturen mitbestimmen (Hellmer 2014, S.6). In einer pädagogischen Institution wie dem Schulheim Schloss Erlach können diese Ebenen noch etwas differenzierter beschrieben werden: Die Institutionsebene, die Klassen- und Wohngruppenebene sowie die Unterrichts-, die Arbeitsagogik- und die Förderplanebene.

Das Ziel muss sein, den Kinder und Jugendliche auf allen Ebenen Partizipation zu ermöglichen.

## 2.2. Unterschiedliche Grade an Partizipation

Wie die untenstehende Abbildung von Gernet (1993) aufzeigt, gibt es verschiedene Grade an Partizipation. Diese reichen von der „Nichtinformation“ bis hin zur „Selbstverwaltung“. Das Ziel sollte in jedem Fall ein möglichst hoher Grad an Partizipation sein. Damit „Selbstbestimmung“ oder „Selbstverwaltung“ für das Leben nach der Schule geübt werden kann, müssen die Kinder und Jugendlichen jedoch schrittweise in diese Richtung angeleitet werden. Die grösste Schwierigkeit liegt dabei in der Ambivalenz oder dem Widerspruch der Institution Schule mit seiner Selektionsfunktion (Helsper in Hellmer 2014, S. 8). Lehrer oder auch Pädagogen sind Lernenden nicht gleichgestellt. Ihr Verhältnis zueinander ist bestenfalls komplementär, es ist aber in keinem Fall symmetrisch. Entsprechend bedeutet Partizipation im Rahmen einer pädagogischen Institution meistens „Mitsprache“ und seltener „Mitbestimmung“.

### *Stufen der Beteiligung*



### 2.3 Voraussetzungen für eine gelingende Partizipation in pädagogischen Institutionen

Partizipation stellt sich nicht von selbst ein. Sie muss bewusst in den Schul- bzw. den Institutionsalltag eingeplant werden. Dafür braucht es zeitliche und personelle Ressourcen sowie klare Gefässe, die im Alltag eingeplant sind.

Partizipation zu ermöglichen bedeutet, Kinder und Jugendliche in ihrem Handeln ernst zu nehmen. Entsprechend ist es eine pädagogische Grundhaltung, die von Lehrpersonen und Pädagogen, aber auch von der Schulleitung, den Bereichsleitenden und der Gesamtleitung, gelebt werden muss (Heller 2014, S. 8f). Beteiligung muss im Alltag einer Einrichtung spürbar und erkennbar sein, sei es in der Kommunikation, bei der Planung von Freizeitangeboten, der Zusammenstellung von Essensplänen, bei der Auswahl von Einrichtungsgegenständen oder auch bei der Erstellung gemeinsamer Regeln (Bundesfachverband 2013, S. 22). Partizipation muss sich wie ein roter Faden durch die Institution ziehen und auf allen Ebenen und in allen Bereichen verankert sein. Entsprechend müssen alle Erwachsenen bereit sein, eine partizipative Kultur zu leben (ebd.).

Wenn Partizipation ernst genommen wird heisst dass, dass den Kindern und Jugendlichen auch Verantwortung abgegeben werden muss. Eine solche Handlungsweise basiert auf gegenseitigem Vertrauen und kann in verschiedenen Settings und auf verschiedenen Ebenen stattfinden (Heller 2014, S. 8f).

## TEIL 2: PARTIZIPATION IM SCHULHEIM SCHLOSS ERLACH

(verfasst von C. Brönnimann, ehemalige Schulleiterin SHE)

### 1. Vorgeschichte der Schülerpartizipation im Schulheim Schloss Erlach

Nachfolgend eine kurze Zusammenfassung der Bestrebungen des Bereiches Schule zur Schülerpartizipation im Schulheim Schloss Erlach in der jüngeren Vergangenheit ohne eines Anspruches auf Vollständigkeit.

#### 1.1. wwF

Bis ins Sj. 2009/2010 wurde im Bereich Schule des Schulheims Schloss Erlach das „wwF“ (Wir wollen Frieden, Vollversammlung der Schülerschaft) nach den Grundlagen von Janus Korzak durchgeführt. Einer Lehrperson oblag es im Rahmen der Schuladministrationspools das wwF zu betreuen.

In einem Briefkasten wurden Komplimente und Anklagen gesammelt, die die Schüler einander gegenseitig schriftlich geben konnten. Einmal pro Quartal fand eine „Parlamentssitzung“ statt, i.S. einer Vollversammlung aller Kinder und Jugendliche und der Lehrpersonen. Ein Präsident aus der Schülerschaft leitete, mit Unterstützung der verantwortlichen Lehrperson, diese Vollversammlung. Dabei wurden Komplimente und Anklagen vorgelesen und der betroffene Schüler hatte beides zu Kenntnis zu nehmen. Bei fehlenden Anklagen erhielt man eine Belohnung in Form einer kleinen Süßigkeit. Begonnen wurde jeweils mit der Komplimenterunde, um dem Positiven einen besonderen Stellenwert zu verleihen. Insbesondere die älteren Kinder und Jugendliche übernahmen durch die Leitung der Vollversammlung Verantwortung und übten sich darin, den Gesprächsablauf einzuhalten und jedem Votum Gehör zu verschaffen. Mit Hilfe von Handschmeichlern gelang es vielen Kindern ihre Aufmerksamkeitsspanne beim Zuhören und Mitmachen zu erhöhen.

Rasch war zu beobachten, dass freundschaftliche Verbindungen bzw. Hierarchien unter den Schülern den Einsatz von Anklagen und die Komplimente beeinflusste. Insbesondere wurden Komplimente rar.

Das wwF musste jedoch eingestellt werden, da die Reaktionen der Kinder und Jugendlichen durch die Erwachsenen nicht mehr steuerbar wurden – Lektionen nach der Vollversammlung arteten je nach Stufe völlig aus und der Frust der Kinder und Jugendlichen über (vermeintlich) ungerechte Anklagen und Komplimente entlud sich und verunmöglichte einen regulären Unterricht.

Die Vollversammlung an sich wurde insbesondere für die jüngeren Kinder und Jugendliche zu einer unüberwindbaren Belastung durch die Komplexität und die Dauer. Diverse

Interventionen durch die Erwachsenen (Aufbau einer „Komplimente-Kultur“, Beschäftigung während der Vollversammlung durch Handschmeichler etc.). fruchteten nicht. Somit wurde an einer Lehrersitzung beschlossen, das wwF auszusetzen und nach geeigneteren Formen der Partizipation zu suchen.

## 1.2 Pausenaufsicht durch Kinder und Jugendliche

Parallel zur Durchführung des wwF wurde auf Wunsch einiger Schüler die Pausenaufsicht den Kinder und Jugendlichen übertragen. Schüler der Oberstufenklassen übernahmen nach einem vereinbarten Turnus die Pausenaufsicht. Eine Lehrperson war während der Pause in der Mediathek und stand den Schüler-Pausenaufsichten bei Bedarf beratend zur Seite. Dem Bedürfnis der Kinder und Jugendlichen nach mehr Selbstbestimmung und nach „erwachsenenfreien“ Räumen konnte so entsprochen werden. Es lag in der Verantwortung der Kinder und Jugendliche zu entscheiden, wann sie die erwachsene Person in der Mediathek zu Rate ziehen wollten. Die Pausen verliefen über einen längeren Zeitraum mehrheitlich ruhig und friedlich.

Im Verlauf der Zeit stellte sich heraus, dass der Wille der Schüler zur Pausenaufsichtsübernahme sehr personenabhängig gewesen war. Nachdem die Initianten unter den Schülern das SHE verlassen hatten, wurde es zunehmend schwierig, die Pausenaufsicht zu besetzen bzw. gab es dauernd Unstimmigkeiten und Machtkämpfe, so dass die Lehrpersonen häufig eingreifen mussten.

Anhand einer Evaluation mit Hilfe von externen LoA-Beratern wurde bald klar, dass sich das Bedürfnis der Schülerschaft geändert hatte und diesem entsprechend eine Anpassung notwendig wurde. So wurde das bis heute aktuelle System einer Zweier-Aufsicht durch Lehrpersonen und Schulpraktikanten für die Pausenaufsicht eingeführt.

Das Schulteam achtet jedoch darauf, nach Möglichkeit der Schülerschaft Klärungsaufträge zu einem friedlichen Zusammenleben während der Pause zu überlassen. So wurde in den Klassenräten der unteren Klassen das Problem der unklaren Tischfußballregeln und des Einflusses der älteren Schüler durch die Schüler selbst thematisiert. Unter Begleitung der Klassenlehrpersonen wurde ein Schülergremium gebildet, welches die Regeln zum Tischfußball schriftlich festhielt. Schüler-Vertreter der oberen Klassen wurden eingeladen und informiert. Sie erhielten zusätzlich den Auftrag, in ihren Klassen zu informieren. Seither verläuft das Tischfußballspiel in ruhigeren Bahnen und Konflikte können eher ohne Zuzug einer erwachsenen Person gelöst werden.

## 2. Erhebung Quality4Children Standards im Jahr 2008

(verfasst von U. Anliker, Gesamtleiter SHE)

Das Leitungsteam des Schulheims Schloss Erlach setzte sich für das Jahr 2008 zum Ziel, einen Massnahmenkatalog aufzustellen, um Mängel bei der Erfüllung der europäischen Qualitätsstandards in der ausserfamiliären Betreuung zu beheben. Auf der Grundlage der 18 'Quality4Children Standards in der ausserfamiliären Betreuung' ([www.quality4children.info](http://www.quality4children.info)) führte das Leitungsteam in der Folge eine Umfrage unter allen Kinder und Jugendlichen und allen Mitarbeitenden durch. Die Befragten wurden aufgerufen, zu jedem der 18 Standards Warnzeichen zu suchen, aufzuzeigen und Verbesserungsvorschläge einzureichen. Die erkannten Mängel wurden durch das Leitungsteam in Form eines Katalogs dargestellt und inhaltlich nach Dringlichkeit priorisiert. Es wurde ersichtlich, dass in der Institution die Mitsprachemöglichkeit der Kinder und Jugendlichen, was persönliche Angelegenheiten anbelangt, erfreulich hoch und gut entwickelt war. Jedoch im gesellschaftlichen Sinne waren die Mitbeteiligungsmöglichkeiten wenig ausgeprägt und nur punktuell institutionalisiert. So fehlte bis anhin zum Beispiel ein Schülerrat oder ein Gremium, das über gewisse Entscheidungskompetenzen in Schülerangelegenheiten verfügte.

Standard 11 besagt dazu: *„Das Kind wird befähigt, Entscheidungen aktiv mitzutreffen, die direkten Einfluss auf sein Leben haben.“*

Das Leitungsteam verfasste im Jahr 2010 einen Partizipationsentwurf, der sich an den gängigen demokratischen Gefässen des Landes orientierte. Die Absicht war, die Kinder und Jugendlichen bezüglich der demokratischen Regeln der Schweiz zu sensibilisieren und ein entsprechendes Erfahrungsfeld anzubieten. Das intern zur Diskussion gestellte Modell des Schülerparlaments fand aber unter der Mitarbeiterschaft wenig Anklang. Es wurden Bedenken geäussert, dass das Modell zu anspruchsvoll sei und sich zu wenig am Entwicklungs- und Interessesstand der Kinder und Jugendliche orientierte. Es wurde deshalb nicht mehr weiterverfolgt und das Leitungsteam beauftragte in der Folge den Bereich Schule, ein alternatives Konzept zu entwickeln und umzusetzen.

### 3. Schülerpartizipation heute

#### 3.1 Klassenräte und Stufenkonferenzen in der Schule

(verfasst von C. Brönnimann, ehem. Schulleiterin SHE und L. Wüthrich, schul. Sonderpädagogin SHE)

Die Klassenräte finden regelmässig (im ein- oder zweiwöchigen Rhythmus) in allen Schulklassen statt. Je nach Schulstufe finden diese in einem strukturierteren oder offeneren Rahmen statt. Themen von Seiten der Schüler werden aufgenommen und bei Bedarf von den Klassenlehrpersonen an die Lehrersitzung weiter geleitet. Ebenfalls besteht die Möglichkeit, dass von den Lehrersitzungen Themen, die eine Mitsprache der Schüler ermöglichen, durch die Klassenlehrpersonen in die Klassenräte getragen werden.

Die durch die Mitarbeiterschaft zusammengetragenen Beobachtungen zeigen, dass unsere Kinder und Jugendliche immer weniger Vorerfahrungen im friedlichen Gestalten des Alltagslebens mitbringen. Oft stand bisher die Wahrung bzw. der Schutz der eigenen Bedürfnisse im Vordergrund und ein Miteinander konnte kaum erlebt werden.

Mit Heimeintritt und der engen Betreuung durch Bezugs- und Lehrpersonen, der Begleitung des ganzen Systems anhand der Konzepte der Standortgespräche sowie der Elternbegleitung wird die Entwicklung auf der individuellen und familiären Ebene gefördert und das Mitspracherecht des Kindes und Jugendlichen sowie der lösungsorientierte Ansatz, dass der Klient als Experte wahrgenommen wird, bereits ins Zentrum gerückt.

In den regelmässigen Wohngruppen- und Klassenratssitzungen wird das Zusammenleben in der Kleingruppe geübt und gefördert. Die Erfahrung zeigt, dass dieses Element ein zentraler Zwischenschritt in der Entwicklung der partizipativen Kompetenzen eines Kindes und Jugendlichen bildet.

Die Stufenkonferenz dient für Abstimmungen bezüglich vorbesprochener Themen aus den Klassenräten. Die Kinder der Unter- und Mittelstufe finden sich zusammen sowie die Jugendlichen der Oberstufe. Durch die Stufentrennung erhofft sich das Kollegium eine bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse aller Kinder und Jugendlichen. Meistens werden Anliegen aus den Klassenräten aufgegriffen und vom Schulteam so aufbereitet dass eine Abstimmung durchgeführt werden kann. Der Grad an Partizipation ist relativ hoch. Doch übernehmen die Kinder und Jugendliche in diesem Gefäss noch wenig Verantwortung im Prozess. Dieser wird stark von den Lehrpersonen angeleitet und strukturiert. Auch helfen die Erwachsenen bei der Umsetzung der abgestimmten Veränderungen.

### 3.2 Die Kindersitzung auf den Wohngruppen

(verfasst von N. Zawadynski, Sozialpädagoge SHE)

Das Zusammenleben auf einer Wohngruppe ist für Kinder und Jugendliche immer wieder eine große Herausforderung, speziell auch weil diese altersdurchmischt organisiert sind. Kinder und Jugendliche können mit Zorn oder Eifersucht aufeinander reagieren und die Stimmung gestaltet sich teilweise schwierig. Dies steht in einem extremen Gegensatz zu unserer lösungsorientierten Pädagogik.

Auf den Wohngruppen wollen wir die Kinder und Jugendlichen darin unterstützen, gewaltfrei zu kommunizieren und wollen sie ein wohlwollendes Zusammenleben lehren und vorleben. Dies können wir tun, indem wir eine gute Gesprächskultur fördern und Jugendlichen die Möglichkeit eröffnen, positive Erfahrungen im gemeinsamen Austausch zu machen.

Ein Setting, welches wir auf den Wohngruppen den Kindern und Jugendlichen bieten, sind die Kinder und Jugendsitzungen (KiSi).

Auf den Wohngruppen besteht ein ähnliches System wie in der Schule mit den Klassenräten. Die Sitzungen finden im ein- oder zweiwöchigen Rhythmus statt. Die Wohngruppen führen die Sitzungen aber sehr individuell durch und passen die Strukturen der Sitzungen den Kindern und Jugendlichen an.

Ziele der Kinder und Jugendsitzungen sind:

- Einfluss auf der Gruppenebene nehmen
- das WIR- Gefühl in der Gruppe stärken
- Umgangsformen in der Gruppe üben
- Kritik annehmen und anbringen können
- Informationen austauschen
- aktuelle Themen besprechen

Die Kinder und Jugendlichen können ihre Themen und Bedürfnisse auf eine Traktandenliste schreiben und sie dann in die Sitzung einbringen. Je nach Thema und Bedarf werden diese den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen weitergeleitet und anschließend an einer Teamsitzung besprochen.

Die Moderation und Leitung übernehmen die Kinder und Jugendlichen selbst, damit sie lernen, Probleme anzusprechen und nach Lösungen zu suchen. Sie werden jedoch von Sozialpädagogen unterstützt und gecoacht.

### 3.3 Die Kinderkonferenz (KiKo) Gesamtheim

(verfasst von L. Wüthrich, schul. Sonderpädagogin SHE)

Die Kinderkonferenz dient dazu, Anliegen der Kinder und Jugendlichen im Schulheim zu diskutieren und gemeinsam nach Umsetzungsmöglichkeiten und Lösungen zu suchen.

Zu diesem Zweck treffen sich 9 Kinder und Jugendliche (je ein Vertreter Schulklasse, WG und TSS) viermal jährlich mit 4 erwachsenen Personen (je ein Vertreter pro Bereich: Schule, WG, DL, Verwaltung).

Von 10.00-12.00 berät sich die KiKo in einem dafür geeigneten Raum des SHEs. Zum Start wird ein gemeinsames z'Nüni eingenommen.

Die Kinder und Jugendlichen werden jährlich gewählt, die Erwachsenen alle zwei Jahre.

(Rotation der Erwachsenen erfolgt versetzt, damit eine Kontinuität gewährleistet werden kann: WG, DL wechseln die Vertreter in den ungeraden Jahren, Schule und Verwaltung in den geraden Jahren).

Das Jahr startet mit einem Treffen unter den Erwachsenen ohne die Kinder, um folgende Punkte zu klären:

- Welche Ki/Ju sind dieses Jahr in der KiKo anwesend
- Wo sind Ressourcen
- Wieviel Eigenverantwortung kann dieser Gruppe gegeben werden (Protokoll, Leitung, Zeitmanagement)
- Welche Strukturen, welcher Aufbau soll die KiKo haben
- Braucht es KiKo Regeln oder Vereinbarungen
- Wie sammeln wir die Anliegen der Kinder, gibt es noch offene Anliegen
- Wer von den Erwachsenen wacht über die Rahmenbedingungen
- Wer von den Erwachsenen übernimmt die Verantwortung für das Verschicken des Protokolls und für die nächsten Daten
- Können einige dieser Punkte in der ersten KiKo Sitzung mit den Kindern direkt besprochen und geklärt werden

Später werden die Kinder zur KiKo eingeladen. Ziel der KiKo ist es, den Kindern und Jugendlichen möglichst viel Eigenverantwortung zu übergeben. Die Sitzungen werden protokolliert. Das Protokoll wird an allen Erwachsenen verschickt (Verteilerliste: Infokaffee).

## Literaturverzeichnis

Bourdieu, P. (2001): Habitus und Einverleibung, eine Logik in acu. In: ders: Die männliche Herrschaft. Frankfurt/ Suhrkamp.

Bundesfachverband (2013): Handlungskonzept Partizipation in der stationären Kinder- und Jugendhilfe. München

Edelstein, W. (2007): Demokratie als Praxis und Demokratie als Wert- Überlegungen zu einer demokratisch aktiven Schule. In: LISUM (Hrsg.) (2007): Handbuch für Beraterinnen und Berater für Demokratiepädagogik. Berlin-Brandenburg

Hellmer, J. (2014): Mitreden, Mitgestalten, Teilhaben. Was bedeutet Schülerpartizipation. In: Hamburg macht Schule. Heft 3 Jg.26. Hamburg

### Elektronische Quellen:

DeGeDe (2015): [www.degede.de](http://www.degede.de) Stand: 14.11.2015

Abb.1:

[www.kinder-beteiligen.de/partizipation-kinder-jugendliche.htm](http://www.kinder-beteiligen.de/partizipation-kinder-jugendliche.htm) Stand: 12.11.2015

Anhang

## 1 Grundlagen - Weiterlesen in Links und Literatur

*Bastian, J.*, Schülerbeteiligung lernen, Lern- und Schulkultur gemeinsam entwickeln, in: Zeitschrift PÄDAGOGIK 7-8/2009, S.6-9

*Beutel, W., Fauser, P. (Hrsg.)*, Demokratie, Lernqualität und Schulentwicklung, Wochenschau Verlag, 2009

*Biedermann, H., Oser, F., Konstantinidou, L., Widorski, D.*, Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von morgen: Zur Wirksamkeit politischer Bildung in der Schweiz, 2010, [www.unifr.ch/pedg/iccs/bericht1.pdf](http://www.unifr.ch/pedg/iccs/bericht1.pdf)

*Caduff, C.*, Partizipation in Schule und Unterricht, Politische Bildung. <http://www.politischebildung.ch/grundlagen/didaktik/partizipation-in-schule-und-unterricht/>

*Edelstein W.*, Grundlagen der Demokratiepädagogik, Demokratie als Praxis und Demokratie als Wert – Überlegungen zu einer demokratiepädagogisch aktiven Schule; in: Demokratie erfahrbar machen – demokratiepädagogische Beratung in der Schule, Ein Handbuch für Beraterinnen und Berater für Demokratiepädagogik, 2007, S.7-17

→ Download:

[http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/themen/demokratie/Handbuch\\_Demokratie\\_14\\_11.pdf](http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/themen/demokratie/Handbuch_Demokratie_14_11.pdf)

*Eikel, A.*, Demokratische Partizipation in der Schule, 2007;

→ Download "Einführungsbeitrag", 39 S.:

[www.blk-demokratie.de/materialien/beitraege-zur-partizipationsfoerderung.html](http://www.blk-demokratie.de/materialien/beitraege-zur-partizipationsfoerderung.html)

*Hansen, R.*, Die Kinderstube der Demokratie - Partizipation in Kindertagesstätten, in: *Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.)*: Die Kinderstube der Demokratie. Partizipation in Kindertagesstätten. Begleitbroschüre zum gleichnamigen Videofilm (Müller, L., Plöger, T.) Kiel 2003

→ Download: [www.kindergartenpaedagogik.de/1087.html](http://www.kindergartenpaedagogik.de/1087.html)

*Himmelman, G.*, Demokratie-Lernen – Eine Aufgabe moderner Schulen

in: Demokratie erfahrbar machen – demokratiepädagogische Beratung in der Schule, Ein Handbuch für Beraterinnen und Berater für Demokratiepädagogik, 2007, S.18-30

→ Download:

[http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/themen/demokratie/Handbuch\\_Demokratie\\_14\\_11.pdf](http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/themen/demokratie/Handbuch_Demokratie_14_11.pdf)

*Himmelman, G., Lange, D.*, Demokratiekompetenz, Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, 2005

*Quesel, C., Oser, F., (Hrsg.)*, Die Mühen der Freiheit, Rüegger Verlag Zürich / Chur, 2006

*Jaun, T.*, Angst vor Kindern?, Die Notwendigkeit der Kinderpartizipation und Wege dazu, Berner Lehrmittel und Medienverlag blmv, 2001

*Kinderlobby Schweiz, Kinderbüro Basel (Hrsg.)*, Schule beteiligt Kinder, 2004,

[www.kinderlobby.ch/publikationen](http://www.kinderlobby.ch/publikationen)